

Hilfe durch Netzwerk

Im Wahlkreis unterwegs in Sachen Integration, Tourismus und Beschäftigungspolitik

Der Monat September war reich an Besuchen der Landtagsabgeordneten Ina Leukefeld durch den Wahlkreis. So war sie u.a. beim NA-VI – dem Netzwerk für Alleinerziehende zur Verbesserung der Integrationschancen.

Ina Leukefeld informierte sich bei den Teilnehmern des Projektes – auch um in speziellen Einzelfällen Unterstützung zu geben. Denn die (vor allem) Frauen haben eine Berufsausbildung und möchten gerne arbeiten gehen. Wie aber Beruf und Kind unter einen Hut bringen? Leider gibt es nicht immer die passenden Rahmenbedingungen, wie Arbeitszeiten oder Kinderbetreuung. Das Projekt begleitet und unterstützt Alleinerziehende auf dem Weg, wieder selbst für sich und ihre Kinder sorgen zu können.

Aber auch andere Probleme bewegen sie, wie z.B. kostenlose Parkmöglichkeiten in Suhl, die Erhöhung der Attraktivität der Stadt, das Jobangebot für Alleinerziehende überhaupt, Fördermöglichkeiten für Frauen. Ina Leukefeld wird diese Fragen u.a. in den Sozialausschuss des Sühler Stadtrates, dessen Vorsitzende sie ist, mitnehmen. Ein weiterer Besuch, an dem auch der tourismuspolitische Sprecher der Linksfraktion, Knut Korschewsky, teilnahm (s. Foto), galt dem Ringberghotel und dessen Chef, Wolfgang F. Kanig, in diesem Jahr als „Touristiker des Jahres“ ausgezeichnet. Die Linksfraktion hat mit Anträgen und Anfragen den

besonderen Stellenwert des Tourismus im Thüringer Landtag thematisiert. So interessierte die Abgeordneten, wie man den Tourismus noch stärker als Wirtschaftsfaktor entwickeln kann, welche Rolle die Kommunen in diesem Prozess spielen oder welche Erwartungen die Touristiker an die Landespolitik haben.

Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsnot, massive Einschnitte ins soziale Netz, das sind Themen, die sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen auf die Fahnen geschrieben hat. So gibt es auch in Suhl eine Servicestelle „Pro Arbeit“, die sich der Umsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms widmet, um Menschen in sozialversicherungspflichtige, dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse auf dem regulären Arbeitsmarkt zu bringen.

In 50 Prozent der Fälle gelingt das auch, wie die Leiterin, Gabriele Weschenfelder, berichtete. Aber es braucht schon einen langen Atem, da viele Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen zu ihnen kommen und auf Grund von Langzeitarbeitslosigkeit oft psychische und andere Krankheiten haben. Auch hier funk-

tioniert ein lokales Netzwerk, um Menschen aller Altersklassen, darunter auch Migranten, Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Gute Partner sind u.a. der Internationale Bund und die Kompetenzagentur. Ina Leukefeld, in der Landtagsfraktion arbeitsmarktpolitische Sprecherin, wird Anfang November für zwei Tage das Projekt persönlich begleiten und sich aktiv am Arbeitsprozess beteiligen.



Ein weiteres interessantes Gespräch gab es mit dem Geschäftsführer des Verkehrsinstituts Suhl, der durch das Arbeitslosenfrühstück, zu dem die Abgeordnete seit sechs Jahren regelmäßig in Suhl einlädt, aufmerksam wurde. Neben der Fahrschule bildet er auch Fahrlehrer und LKW-Fahrer aus und sucht Menschen, die keinen Job finden und sich umorientieren möchten. In der Branche gebe es Arbeit genug, aber es fehle mittlerweile auch in diesem Bereich an Fachkräften.

Ilona Burandt

Im Klinikum Bad Salzungen

Wie kommunale Daseinsvorsorge im medizinischen und pflegerischen Bereich mit Blick auf den demografischen Wandel gelebt wird, konnten der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Jörg Kubitzki, dessen neue Wahlkreismitarbeiterin Sigrid Hupach, und Cordula Eger, Mitarbeiterin der Landtagsfraktion beim Arbeitsbesuch am 8. Oktober im Klinikum Bad Salzungen erfahren.

Der Geschäftsführer des Klinikums, Harald Muhs, und die Prokuristin und Heimleiterin des Seniorenpflegezentrums, Karin Mäurer, stellten das Unternehmen und Gesundheitszentrum vor, welches die Region mit Dienstleistungen rund um die Gesundheit versorgt. Dabei sind vor allem auch präventive Maßnahmen im Blickpunkt.

Das Klinikum, das sich in Trägerschaft des Wartburgkreises befindet, ist ein Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung und sichert in großem Umfang die medizinische Versorgung im südlichen Wartburgkreis. Das Klinikum verfügt über 422 Betten, beschäftigt ca. 750 Mitarbeiter und ist damit einer der größten Arbeitgeber im Wartburgkreis.

Begeistert waren die Besucher aus dem Landtag von dem ganzheitlichen Konzept des Klinikums, das Beispiel gebend für Thüringen ist. Es sichert ei-

ne flächendeckende stationäre und ambulante Versorgung im Gesundheits- und Pflegebereich im Kreisgebiet und damit auch im ländlichen Raum. Neben dem eigentlichen Kerngeschäft, dem stationären Leistungsangebot, gehören dazu auch die ambulante Patientenversorgung über ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit verschiedenen Standorten im Wartburgkreis, die Ausbildung im Rahmen der Kranken- und Altenpflegeschule – um Fachkräfte in der Region zu halten –, die Servicegesellschaft des Klinikums, eine Apotheke, die stationäre Altenpflege über Seniorenheime in Bad Salzungen, Bad Liebenstein und Vacha sowie die ambulante Pflege und die Kurzzeitpflegeeinrichtung im Klinikum selbst.

Die Seniorenpflege Bad Salzungen GmbH als Tochterunternehmen des Klinikums ist Partner des im Aufbau befindlichen neuen Gemeindezentrums in Marksuhl, bei dem 40 stationäre Pflegeplätze, zehn Plätze für Kurzzeit- und Tagespflege und ambulant betreutes Wohnen sowie zehn behindertengerechte Zweiraumwohnungen entstehen sollen.

Die Information über die Errichtung des Gemeindezentrums in Marksuhl war aus Sicht des Landtagsabgeordneten Jörg Kubitzki sehr aufschlussreich,

weil es seine Vision eines „Sozialzentrums“ in einer Kommune im ländlichen Raum widerspiegelt. Denn dort soll dazu neben der Unterstützung älterer und behinderter Personen, auch die Förderung der Jugendhilfe, des Sports, der Denkmalpflege und des Naturschutzes sowie der Ansiedlung junger Familien gehören. Zudem soll es eine Vernetzung und Beratung des Angebots sozialer Dienstleistungen geben. Schon aus dem Grund, dass in der Gemeinde Marksuhl eine neue Gestaltung im Bereich der Pflege im Aufbau ist, werden die Vertreter der LINKEN bald wieder den Wartburgkreis besuchen.

Cordula Eger

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: gloeckner@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

FDP wittert Morgenluft

Einer Kakophonie gleicht das Gezeter der Regierungsparteien CDU, CSU und FDP in der Energiepolitik. Bei Bundeskanzlerin Merkel wird die Halbwertszeit – um in der Diktion der Freunde des Atoms zu bleiben – der Gültigkeit von Aussagen immer geringer: Nachdem sie sich zunächst für eine Deckelung der Strompreismulage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aussprach, wirbt sie nun für die Erhöhung, eine Energiewende gehe „nicht ohne jede Preisveränderung“. Das Bejammern der Umlage aus Regierungs- und Koalitionskreisen ist ohnehin perfide: machen doch die von ihnen zu verantwortenden Ausnahmen für etwa die Hälfte des industriellen Stromverbrauchs die Energie für Privatkunden teurer. Sogar der CDU-Arbeitnehmerflügel setzt sich jetzt für eine soziale Komponente beim Strompreis für Privatkunden ein – wie Linkspartei, Grüne, Sozialverband VdK oder Diakonie.

Doch Wirtschaftsminister Rösler (FDP) und Umweltminister Altmaier (CDU) sehen – welche Überraschung – keinen Bedarf. Rösler verlangt großspurig eine grundlegende Reform des EEG noch in dieser Wahlperiode. Er wittert Morgenluft für seine notorisch abstiegsgefährdete Spaßpartei.

Den Vogel schießt hinsichtlich kenntnisfreien Dummschwätzerturns der FDP-Nachwuchs in Thüringen ab. Der wähnt bereits „seit der rot-grünen Koalition“ die „Energiepolitik auf dem Holzweg“. Den neoliberalen Jung-Funktionären sind die erneuerbaren Energien generell ein Dorn im Auge. Sie meinen, durch deren Förderung über das EEG „würden unrentable und nicht marktfähige Technologien subventioniert“. Wie wollen die gelb-blauen Rotznasen denn Strom erzeugen: mittels hochriskanter Kernkraftwerke, durch die Umwelt verschmutzende Kohleleimer – oder kommt bei der FDP der Strom einfach aus der Steckdose?